

Luzerner Zeitung

Freitag, 13. Januar 2017

AZ 6002 Luzern | Nr. 10 | Fr. 3.50 | € 4.- www.luzernerzeitung.ch



Beliebter Kanadier
Josh Holden (38) bleibt wohl
auch nach dieser Saison in
Diensten des EVZ. 33

Stadtrat holt sich Unterstützung

Luzern Der Luzerner Stadtrat will eine neue Abteilung für Strategiemangement schaffen. Diese wäre unter anderem für die Gesamtplanung zuständig. Nötig sind dafür 150 Stellenprozent. Damit reagiert die Exekutive auf die Kritik, dass sie die langfristige Planung vernachlässige. Der Stadtrat 2018 umsetzen. Vorgehen ist, dass die Sozialdirektion um den Bereich Sicherheit erweitert wird. Eine Präsidialdirektion lehnt die Exekutive ab. (std) 24

Die neue Abteilung ist ein Teilprojekt der Reorganisation der Verwaltung. Diese will der Stadtrat 2018 umsetzen. Vorgehen ist, dass die Sozialdirektion um den Bereich Sicherheit erweitert wird. Eine Präsidialdirektion lehnt die Exekutive ab. (std) 24

Rechtsprofessor kontert Regierung

Prämienverbilligung Die Luzerner Regierung kann trotz fehlendem Budget Vergünstigungen auf Krankenkassenprämien leisten. Dieser Ansicht ist der renommierte Staatsrechtler Paul Richli. Seiner Meinung nach kann die Regierung sofort eine Verordnung erlassen und so die Zahlungen auslösen, sagt der frühere Rektor der Uni Luzern gegenüber unserer Zeitung. Richli stützt sich auf das Prämienverbilligungsgesetz und auf das Bundesgericht. Das kantonale Finanzdepartement argumentiert derweil, Prämienverbilligungen seien aus rechtlicher Sicht nicht möglich. Kantons- und Gemeinderäte kritisieren diese Haltung. (nus) 27

Treffen im Zeichen der Wirtschaft

Schweiz-China Am Sonntag besucht der chinesische Staatschef Xi Jinping die Schweiz. Die Visite steht in der Tradition der engen Beziehung zwischen den beiden Ländern, die sich nicht zuletzt im Freihandelsabkommen ausdrücken, das seit zweieinhalb Jahren in Kraft ist. Die Schweizer Wirtschaft hofft nun auf eine weitere Öffnung des grössten asiatischen Marktes.

Doch was hat das Freizügigkeitsabkommen der hiesigen Wirtschaft genutzt? Nicht wahn-sinnig viel, schaut man sich das Exportwachstum der letzten Jahre an. Dennoch verteidigen Branchenverbände das Abkommen vehement. (red) 5

Graf streicht Geld für Luxus

Spitalbehandlungen Luzern geht voran und setzt eine Liste in Kraft, die bei unnötigen Aufenthalten die Mitfinanzierung der öffentlichen Hand nicht mehr vorsieht.

Balz Bruder

Behandlung verbessern und Kosten senken: Der Kanton Luzern macht bei Spitalbehandlungen vorwärts mit der Umsetzung der Strategie ambulant vor stationär. Ab Mitte Jahr kommt eine Liste zum Einsatz; sie definiert 13 Eingriffe, die künftig grundsätzlich ambulant durchgeführt werden sollen (und von den Krankenversicherungen zu bezahlen sind). Falls die Behandlung trotzdem stationär geschieht, muss dies medizinisch begründet sein – sonst beteiligt sich der Kanton finanziell nicht mehr daran.

Gesundheitsdirektor Guido Graf will auf diese Art und Weise Fehlanreize bei der Spitalfinanzierung ausschalten und unnöti-

«Die Massnahme ist bitterer Ernst und kein symbolischer Akt.»



Guido Graf
Luzerner Gesundheitsdirektor

ge Ausgaben vermeiden – dies im Interesse von Prämien- und Steuerzahlern. Gleichzeitig betont der 58-jährige Regierungsrat: «Die Massnahme ist bitterer Ernst und kein symbolischer Akt.» Das Gesundheitswesen sei kein Selbstbedienungsladen.

Rund 3 Millionen Franken sollen so gespart werden

Der Kanton Luzern geht von jährlich rund 800 Behandlungen aus, die von der Liste erfasst werden – und von Kosteneinsparungen im Umfang von rund 3 Millionen Franken. Eine Studie des Beratungsunternehmens Pricewaterhouse-Coopers rechnet schweizweit mit einem möglichen Sparpotenzial von gegen 1 Milliarde Franken.

Um die Patientinnen und Patienten ist dem CVP-Regierungsrat nicht bange: «Sie bekommen jene medizinische Versorgung, die sie brauchen. Aber so, wie dies das Krankenversicherungsgesetz vorsieht: wirksam, zweckmässig, wirtschaftlich.» Und zwar unbesehen davon, ob sie sich in Luzern oder in einem anderen Kanton behandeln lassen.

Dass es weitere Vorkehrungen brauchen wird, um der ungebremsten Kostenentwicklung im Gesundheitswesen Herr zu werden, steht für Guido Graf ausser Frage. «Aber wir wollen weitere Massnahmen aus Erfahrungen entwickeln und nicht auf Vorrat ankündigen.»

Kommentar 6. Spalte

23

Die Schweiz im Banne des Lauberhorns



Skirennen Die Fernsehquoten stimmen, und Tausende Zuschauer werden wieder vor Ort sein, wenn morgen erneut die legendäre Lauberhorn-Abfahrt stattfindet. Trotzdem fehlt so manchem die Faszination früherer Rennen. Eröffnet wird der Weltcup von Wengen heute mit der Kombination (10.15/13.45 Uhr). 3/33

Bild: Jean-Christophe Bott/Keystone (Wengen, 11. Januar 2017)

Kommentar

Erste Schritte zur Genesung

Darüber herrscht mehr oder minder Einigkeit: Das Schweizer Gesundheitssystem ist gut, aber auch teuer – und droht kostenmässig aus dem Ruder zu laufen. 70 Milliarden Franken schwer ist es mittlerweile. Es drückt Steuer- und Prämienzahler in Personalunion gleichermaßen. Das Gesundheitswesen ist zudem komplex, schwerfällig und von Lobbys durchdrungen, die den Status quo eigennützig kultivieren. Aber es ist nicht so, dass es völlig unbeweglich wäre und dass schicksals ergeben auf gesetzgeberischen Zauber aus Bundesbern gewartet werden müsste. Im Gegenteil, die Kantone machen zunehmend mobil, wenn es darum geht, ihre Handlungsspielräume auszuloten, statt sich über das ausufernde Flickwerk aufzuhalten.

Der gemeinsame Nenner ist dieser: Erstens müssen teure Fehlanreize, die ihren Ursprung in mangelhaften Finanzierungs- und Tarifsyste-men haben, eliminiert werden. Zweitens dürfen Kosten dadurch nicht nur verlagert werden, sondern müssen gesenkt werden. Und drittens dürfen die Massnahmen nicht auf Kosten einer guten Gesundheitsversorgung für alle gehen.

Das Beispiel des Kantons Luzern, der eine Liste mit Eingriffen einführt, die im Normalfall ambulant statt stationär durchgeführt werden sollen, darf deshalb Schule machen. Den ultimativen Beweis liefern die Zahlen: Dass Zusatzversicherte bei den gleichen Operationen um ein Mehrfaches häufiger stationär behandelt werden als Allgemeinversicherte, ist schlicht nicht nachvollziehbar. Die Liste ist deshalb ein Schritt in die richtige Richtung. Denn der Staat ist nicht Erfüllungsgelhilfe von gut eingetübten Systemen. Schon gar nicht mit öffentlichen Mitteln.



Balz Bruder
balz.bruder@luzernerzeitung.ch